



Wiener Struktur- und Ausgabenreform

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15.12.2016 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 5) im Zusammenwirken mit dem Finanzausschuss zu ersuchen, die den Bezirk Mariahilf betreffenden geplanten Schritte der Wiener Struktur- und Ausgabenreform (WiStA) zu erläutern.

Begründung

Bürgermeister Michael Häupl hat am 18. Oktober 2016 erste Details zur Wiener Struktur- und Ausgabenreform präsentiert und dabei auch die Zusammenlegung von Innenstadtbezirken explizit angesprochen. Im Rahmen des Finanzausschusses sollen daher die Pläne des zuständigen Themenkreises dargelegt werden bzw. eventuell weitere den Bezirk betreffende Maßnahmen besprochen werden.

Bernadett Thaler

Antrag wurde einstimmig dem Finanzausschuss zugewiesen und wird dort weiter behandelt



Entfernung der Sperrfläche Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15.12.2016 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 28, MA 46) im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, die Sperrfläche (inklusive Betonelemente) in der Gumpendorfer Straße vor dem Apollo Kino zu entfernen.

Begründung

Gegenständlicher Antrag wurde bereits in der letzten Periode gestellt (486207-2015) und damals in der zuständigen Kommission diskutiert. Die Wiener Linien teilten damals mit, dass zunächst die Probephase für die neue Route des 13A abgewartet werden müsse. Da das Ende der Probephase für den Jahreswechsel 2016 / 2017 in Aussicht gestellt wurde, wird nun ein neuerlicher Anlauf unternommen. Als Grund für die Sperrfläche wurde das ungehinderte Abbiegen des 13A in Richtung Windmühlgasse genannt, diesbezüglich sind aber bereits Alternativen in Prüfung.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde einstimmig der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zugewiesen und wird dort weiter behandelt

Schaffung von Parkraum Windmühlgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15.12.2016 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 28, MA 46) im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, in der Windmühlgasse ggü Nr. 32 wieder Parkraum (Schrägparkplätze) zu schaffen.

Begründung

Gegenständlicher Antrag wurde bereits in der letzten Periode gestellt (486250-2015) und damals in der zuständigen Kommission diskutiert. Die Wiener Linien teilten damals mit, dass zunächst die Probephase für die neue Route des 13A abgewartet werden müsse. Da das Ende der Probephase für den Jahreswechsel 2016 / 2017 in Aussicht gestellt wurde, wird nun ein neuerlicher Anlauf unternommen. In der Windmühlgasse gab es bis zum Herbst 2013 an dieser Stelle Schrägparkplätze, diese wurden aber aufgrund einer neuen Station für die Linie 13A entfernt. Nachdem die Station zum Apollo Kino verlegt wurde, soll dort wieder Parkraum für die Anrainer/innen zur Verfügung gestellt werden.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde einstimmig der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zugewiesen und wird dort weiter behandelt

Neue Busstation 13A

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15.12.2016 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige amtsführende Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag^a Ulli Sima im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass im Bereich Mariahilfer Straße / Capistrangasse eine zusätzliche Station der Autobuslinie 13A errichtet wird.

Begründung

Gegenständlicher Antrag wurde bereits in der letzten Periode gestellt (748627-2015) und damals einstimmig angenommen. Die zuständige Stadträtin antwortete damals, dass zunächst die Probephase für die neue Route des 13A abgewartet werden müsse. Da das Ende der Probephase für den Jahreswechsel 2016 / 2017 in Aussicht gestellt wurde, wird nun ein neuerlicher Anlauf unternommen. Durch die geänderte Routenführung sowie die Umstellung des 13A auf Gelenkbusse ist der Abstand zwischen der Station vor dem Apollo Kino und jener auf der Mariahilfer Straße verhältnismäßig groß. Mit der zusätzlichen Station könnte den Wünschen der Anrainer/innen in diesem Grätzel entsprochen werden.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde einstimmig der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zugewiesen und wird dort weiter behandelt



Einrichtung einer Intervallanzeige

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15.12.2016 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige amtsführende Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag^a Ulli Sima zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass bei der Station Esterhazygasse eine Intervallanzeige installiert wird.

Begründung

Es handelt sich bei der o.a. Haltestelle um einen Knotenpunkt, an dem drei Buslinien halten und viele Fahrgäste umsteigen. Eine Intervallanzeige wäre daher von Vorteil und würde die Attraktivität der Buslinien weiter erhöhen.

Maria Blazej

Antrag wurde einstimmig der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zugewiesen und wird dort weiter behandelt



Überprüfung von Ladezonen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15.12.2016 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 46) zu ersuchen, die Zweckmäßigkeit der Ladezone vor Wallgasse ONr.7 zu überprüfen.

Begründung

Es befindet sich weit und breit kein Gewerbebetrieb oder Geschäft, das die Begründung einer Halteverbotszone an dieser Adresse rechtfertigen würde bzw. wurde auf Befragen von allen in Frage kommenden Geschäften mitgeteilt, dass es von diesen nicht beantragt wurde. Sollte kein Unternehmen Bedarf anmelden, könnten durch Auflassung der Ladezone zusätzliche Parkplätze im Bezirk gewonnen werden.

Maria Blazej

Antrag wurde einstimmig der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zugewiesen und wird dort weiter behandelt

Begehung der Spielplätze

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15.12.2016 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 42) im Zusammenwirken mit der Frauen- und Generationenkommission zu ersuchen, eine jährliche Begehung der Mariahilfer Spielplätze durchzuführen.

Begründung

Die Begehung der Spielplätze wurde bereits in der letzten Periode aufgrund eines Antrags der ÖVP regelmäßig durchgeführt. Sie soll ab dem Jahr 2017 parallel zur Begehung der Schulen und Kindergärten durch den Finanzausschuss wieder Hinweise auf Mängel oder Verbesserungspotenzial geben. Gleichzeitig wird den Fraktionen die Möglichkeit eröffnet, ihre Ideen und Vorschläge vor Ort zu diskutieren.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde einstimmig der Frauen- und Generationenkommission zugewiesen und wird dort weiter behandelt



Arbeitsbedingungen bei Wahlen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15.12.2016 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, dass Bezirksvorsteher Markus Rumelhart ersucht wird, mit Vertreter/innen jener Institutionen im Bezirk, in deren Räumlichkeiten Wahlsprengel eingerichtet werden, Kontakt aufzunehmen, damit zukünftig für adäquate Arbeitsbedingungen an Wahlsonntagen gesorgt wird.

Begründung

Insbesondere in Mariahilfer Schulen (beispielsweis im Gymnasium Rahlgasse) wurde bereits mehrfach an Wahltagen eine der Witterung angepasste Beheizung unterlassen, obwohl die ganztägige außerordentliche Nutzung an einem Sonntag frühzeitig bekannt war. Es ist ein schlechter Dienst an der Demokratie, wenn man als Wahlhelfer/in Gefahr läuft, krank zu werden.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde einstimmig angenommen